

Landkreis Uckermark

- Die Landrätin -



Kreisverwaltung Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau

Vorab per E-Mail:

konrad.brueckner@lfu.brandenburg.de
enrico.grabbert@lfu.brandenburg.de

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Herr Konrad Brückner
Groß Glienicke
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam

Nebenstelle:

Dezernat: I
Amt: Bauordnungsamt
Untere Bauaufsichtsbehörde
Bearbeiter(in): Frau Brandt
Zimmer-/Haus-Nr.: 341 / 1
Telefon-Durchwahl: 03984/70-1563
Telefax: 03984/70-2399
E-Mail: karin.brandt@uckermark.de

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Datum
G04524		63- 02345-24-21	08.11.2024
Antragsteller	VERBIO Pinnow GmbH, Herr Sebastian Maier, Industrie- und Gewerbegebiet 43a, 16278 Pinnow		
Grundstück	Pinnow, Pinnow, Industrie- und Gewerbegebiet 43a		
Gemarkung	Pinnow (OW)		
Flur	2		
Flurstück	551		
Vorhaben	Errichtung einer Biomethananlage und Aufbau einer Rohstoffverarbeitungslinie BlmSch Reg.-Nr.: G04524		

Stellungnahme zur bauplanungs- und bauordnungsrechtlichen Prüfung innerhalb des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens

Beiliegende Antragsunterlagen (1 Ausfertigung auf CD) erhalten Sie hiermit zurück. Exemplar 2 (Papierausfertigung) habe ich zu meinen Akten genommen. Diese Unterlagen verbleiben zur Bauüberwachung im Bauordnungsamt.

Grundlage der Stellungnahme der Kreisverwaltung Uckermark sind die am 15.08.2024 bei mir eingegangenen Antragsunterlagen sowie die Nachlieferungen 17.09.2024 und 30.10.2024.

Gegen die Erteilung eines Bescheides bestehen aus bauplanungs- und bauordnungsrechtlicher Sicht keine Bedenken, wenn nachfolgende Ausführungen und Hinweise bei der weiteren Bearbeitung des Antrages berücksichtigt werden.

Bauplanungsrechtliche Beurteilung

Das Grundstück liegt nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes im Sinne von § 30 BauGB, jedoch innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles. Die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich somit nach § 34 BauGB - Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile -.

Konto der Kreisverwaltung:
Kontoinhaber: Landkreis Uckermark
Sparkasse Uckermark
IBAN: DE67 1705 6060 3424 0013 91
BIC: WELADED1UMP

Steuernummer:
062/149/01062

Telefon-Vermittlung:
03984 70-0
Internet:
www.uckermark.de

Sprechzeiten:
Mo. u. Do.: 08:00 bis 12:00 Uhr
Di.: 08:00 bis 12:00 und
13:00 bis 17:00 Uhr
Fr.: 08:00 bis 11:30 Uhr

Der Landkreis Uckermark stellt für E-Mails mit qualifiziert elektronisch signierten Dokumenten die zentrale E-Mail-Adresse landkreis@uckermark.de zur Verfügung. Für alle anderen E-Mail-Adressen der Kreisverwaltung wird der rechtsverbindliche Zugang ausdrücklich nicht eröffnet.

Danach ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist. Weiterhin müssen die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Nach der Art der baulichen Nutzung entspricht die Eigenart der näheren Umgebung einem Gewerbegebiet im Sinne von § 8 BauNVO. Die Zulässigkeit des Vorhabens nach seiner Art beurteilt sich allein danach, ob es nach der Verordnung in dem Gebiet allgemein zulässig wäre. Gemäß § 8 BauNVO dienen Gewerbegebiete vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben. Zulässig sind

1. Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
2. Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,
3. Tankstellen,
4. Anlagen für sportliche Zwecke.

In den Antragsunterlagen (Abschnitt 4, S. 115/247) wird von einer geplanten Schornsteinhöhe von 45 Meter ausgegangen. Gemäß dem Amtlichen Lageplan ist dieser jedoch bereits vorhanden. Der Schornstein ist damit innerhalb des Betriebsstandortes und auch innerhalb der zu betrachtenden näheren Umgebung für das Maß der baulichen Nutzung die höchste bauliche Anlage. Die vorhandenen Siloanlagen weisen eine Höhe von etwa 22 Meter auf. Die geplanten Anlagenteile der Erweiterung werden das aus der näheren Umgebung prägende Maß der baulichen Nutzung hinsichtlich der Höhe nicht überschreiten.

Das Vorhaben fügt sich ebenso nach den weiteren Tatbestandsmerkmalen des § 34 Abs. 1 BauGB i.V.m § 34 Abs. 2 BauGB innerhalb des faktischen Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO) ein.

Das Baugrundstück liegt in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche. Die Erschließung ist gesichert.

Gemäß § 34 Abs. 2 BauGB ist das geplante Vorhaben bauplanungsrechtlich zulässig.

Naturschutzrechtliche Hinweise

Im vorliegenden Verfahren ist gemäß § 1 Abs. 3 NatSchZustV die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege (LfU/ N1) für alle naturschutz- einschließlich der artenschutzrechtlichen Entscheidungen und Maßnahmen, die in Bezug auf das Vorhaben zutreffend sind, zuständig.

Darüber hinaus gehende Hinweise zum beantragten Vorhaben sind von Seiten der unteren Naturschutzbehörde nicht erforderlich.

Sollte die abschließende Prüfung ergeben, dass eine Genehmigung zu erteilen ist, bitte ich nachfolgende Nebenbestimmungen (Bedingungen -B-, Auflagen -A- und Hinweise -H-) in den Bescheid aufzunehmen:

Bauordnungsrecht

SB Frau Brandt, 03984 70-1563

1. Die Bemerkungen aus dem Prüfbericht Nr. 031/04337-24/0104 des Prüfeningenieurs für Baustatik Herrn Prof. Dr.-Ing. Dirk Werner vom 24.09.2024 sind zu beachten und einzuhalten. Die Bauüberwachung in statisch-konstruktiver Hinsicht wird vom Prüfeningenieur durchgeführt. (A)
2. Das zum Vorhaben erarbeitete Brandschutzkonzept Nr. G-13-2024 vom 18.03.2024 und der dazugehörige Prüfbericht Nr. ME/2024/061 des Prüfeningenieurs für Brandschutz Herrn Dipl.-Ing. Steffen Merz vom 21.10.2024 sind für das Bauvorhaben bindend und nachweislich einzuhalten. (A)
3. Vor Baubeginn müssen die Grundflächen und Höhenlagen der Gebäude abgesteckt und festgelegt sein. Die Einhaltung der festgelegten Grundflächen und Höhenlagen ist der Bauaufsichtsbehörde binnen zwei Wochen nach Baubeginn durch Vorlage einer Einmessungsbescheinigung eines Vermessungsingenieurs oder durch das Kataster- und Vermessungsamt nachzuweisen. Der Nachweis der Einmessung wird durch ein Einmessungsprotokoll mit einer dazugehörigen nachvollziehbaren Einmessungsskizze geführt. Für das Einmessprotokoll ist die Anlage 8.2 der durch die oberste Bauaufsichtsbehörde veröffentlichten Vordrucke (siehe Anlage) zu verwenden. (A)
§ 72 Abs. 9 BbgBO
4. Alle Stahlbauteile/Stahlleichtbauteile sind zum Erhalt ihrer Standsicherheit ausreichend und dauerhaft durch Anstrich oder Beschichtung vor Korrosion zu schützen. (A)
§ 12 Abs. 1 BbgBO
5. Der Baubeginn ist dem Bauordnungsamt entsprechend der beigefügten Mitteilung (Anlage 7) mindestens eine Woche vor Beginn anzuzeigen. (A)
§ 72 Abs. 8 BbgBO
6. Die Nutzungsaufnahme ist dem Bauordnungsamt entsprechend der beigefügten Mitteilung (Anlage 9) mindestens zwei Wochen vorher anzuzeigen. (A)
§ 83 Abs. 2 BbgBO
7. Mit der Anzeige der Nutzungsaufnahme hat der Bauherr der Bauaufsichtsbehörde nachfolgende Bescheinigung (im Original) zu übergeben:
 - die Bescheinigung des Prüfeningenieurs für Standsicherheit (Anlage 10.2 der öffentlich bekannt gemachten Formulare), mit der die Bauausführung entsprechend den geprüften bautechnischen Nachweisen bestätigt wird (ist nur vorzulegen, wenn eine Prüfung der Nachweise erfolgte),
 - die Bescheinigung des Prüfeningenieurs für Brandschutz (Anlage 10.3 der öffentlich bekannt gemachten Formulare), mit der die Bauausführung entsprechend dem geprüften Brandschutzkonzept bestätigt wird. (A)
§ 83 Abs. 2 BbgBO

Brandschutzrecht

SB Herr Häusler, 03984 70-1838

8. Die ausreichende Löschwasserversorgung wird sichergestellt durch den im Löschbereich vorhandenen Löschwasserteich „Verladebahnhof“. Er gewährleistet eine

Löschwasserentnahmemenge von jeweils 96 m³/h für die Dauer von 2 Stunden. Eine entsprechende Bestätigung des Trägers des Brandschutzes (Stadt Schwedt/Oder) vom 03.09.2024 liegt vor. (H)

9. Die Zufahrten zum und auf dem Baugrundstück müssen ausreichend breit und befestigt sein. Sie müssen die Anforderungen der Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr erfüllen. Es sind gegebenenfalls Vorkehrungen für den gewaltfreien Zugang der Feuerwehr zum Grundstück zu treffen (Feuerwehrschießung etc.). Die Freigabe für Feuerwehrschießungen des Landkreises Uckermark ist gegebenenfalls unter Benennung der benötigten Komponenten (z.B. Schließzylinder, Halbprofilzylinder bzw. Kruse-Spezialzylinder), der Angaben zum Antragsteller und der erforderlichen Objektangaben bei der Brandschutzdienststelle des Landkreises Uckermark zu beantragen. (A)
10. Der örtlich zuständigen Feuerwehr ist nachweislich die Gelegenheit zu geben, die Besonderheiten des Objektes (z.B. Löschwasserversorgung, Rettungs- und Angriffswege, besondere Gefahren etc.) im Zuge einer Objektbegehung kennenzulernen. Die Terminvereinbarung hat über den zuständigen Aufgabenträger des örtlichen Brandschutzes (Stadt Schwedt/Oder) zu erfolgen. Ein Verzicht der Feuerwehr auf eine Objektbegehung ist schriftlich bestätigen zu lassen. (A)
§14 BbgBO
11. Der für den Betriebsstandort vorhanden Feuerwehrplan ist in Abstimmung mit der Brandschutzdienststelle (Herr Häusler, Tel. 03984 70-1838, E-Mail: andy.haeusler@uckermark.de) zu aktualisieren. Der Plan ist der Brandschutzdienststelle der Kreisverwaltung Uckermark (Landkreis Uckermark, Ordnungsamt, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau) zweifach in laminierte Form, max. Format A3) und einfach als pdf-Dokument zu übergeben. Veränderungen sind mitzuteilen. (A)
12. Die Rettungswege, einschließlich ihrer Ausgänge, müssen jederzeit sicher begehbar und als solche deutlich und dauerhaft nach DIN 4844 - Graphische Symbole - Sicherheitsfarben und Sicherheitszeichen Teil 1: Erkennungsweiten und farb- und photometrische Anforderungen - gekennzeichnet sein (weiße Schrift auf grünem Grund). (A)
§ 14 i.V.m. § 33 BbgBO
13. Türen im Zuge von Rettungswegen müssen während der Betriebszeit jederzeit und ohne Hilfsmittel in Fluchtrichtung leicht und in voller Breite geöffnet werden können (Panikverriegelung). Das gilt auch für Notausgangstüren. Fensteroliven dürfen nicht abschließbar sein und auch keine anderweitigen Sperren haben. (A)
14. Für den Fall einer erforderlichen Evakuierung der Gebäude ist eine Sammelstelle für die in den Gebäuden befindlichen Personen festzulegen und entsprechend zu kennzeichnen. Die festgelegte Sammelstelle ist in allen Dokumenten (Flucht- und Rettungspläne, Brandschutzordnung, Feuerwehrplan etc.) eindeutig zu benennen. (A)
§§ 14, 51 Abs. 1 Nr. 7 BbgBO i.V.m. DIN 14095)
15. Das Objekt ist mit geeigneten Feuerlöschern auszustatten. Die Anzahl der Feuerlöscher und die Art des Löschmittels ergibt sich aus der Brandklasse (Art des brennbaren Stoffes), der Grundfläche der Arbeitsstätte und der durchzuführenden

Gefährdungsbeurteilung. Die Ausstattung des Objektes mit Feuerlöschern hat durch einen Sachkundigen zu erfolgen. Die Feuerlöscher sind gut sichtbar und leicht zugänglich anzubringen. Die Standorte von Feuerlöschern sind mit dem Brandschutzzeichen F001 „Feuerlöscher“ zu kennzeichnen. In unübersichtlichen Arbeitsstätten ist der nächstgelegene Standort eines Feuerlöschers außerdem gut sichtbar durch das Brandschutzzeichen F001 „Feuerlöscher“ in Verbindung mit einem Zusatzzeichen „Richtungspfeil“ anzuzeigen. Besonders in lang gestreckten Räumen oder Fluren sollen Brandschutzzeichen in Laufrichtung jederzeit erkennbar sein, z. B. durch den Einsatz von Fahnen- oder Winkelschildern. (A)

§ 14 i.V.m. ASR A2.2 und ASR A1.3

16. Die elektrische Anlage und die ortsveränderlichen elektrischen Geräte sind durch Elektrofachkräfte wiederkehrend auf ihren ordnungsgemäßen Zustand überprüfen zu lassen. Für elektrische Anlagen gilt eine Prüffrist von 4 Jahren. Für ortsveränderliche Betriebsmittel liegt die Prüffrist je nach Arbeitsbereich zwischen 6 und 24 Monaten. (H)

§ 14 BbgBO i.V.m. DGUV V3

Umweltschutzrecht

untere Wasserbehörde

SB Frau Schröder, 03984 70-4468

17. Für die auf der Grundlage des § 14 AwSV abgegrenzten Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind die Anlagendokumentationen zu erstellen und laufend fortzuführen. (A)

§ 43 AwSV

18. Die Anlagendokumentation hat zusätzlich zu den gesetzlichen Anforderungen die Genehmigung, die Anlagenbezeichnung, den Standort, die Dichtheits- und Beständigkeitsnachweise (Verwendbarkeitsnachweise), die Nachweise über ausreichende Rückhaltevermögen sowie Größe und Lage der jeweiligen Wirkbereiche für die Be- und Abfüllung, Ausführungs- und Dichtigkeitsnachweise für Rohrleitungen und die Fachbetriebsnachweise zu enthalten. Die Angaben zur Bezeichnung und Genehmigung der Anlage müssen eine zweifelsfreie Identifizierung der Anlage ermöglichen. Die Anlagendokumentation ist dem Sachverständigen vor Prüfungen vorzulegen. (A)

§ 46 Abs. 2 AwSV

19. Die Bestimmungen der bauaufsichtlichen Verwendbarkeitsnachweise für die Bauprodukte sind bei der Bemessung, der Ausführung und im laufenden Betrieb zu beachten. (A)

20. Die besonderen Anforderungen an Fass- und Gebindelager sind zu beachten und die Erfüllung in der Anlagendokumentation festzuhalten. (A)

§ 31 AwSV

21. Fachbetriebspflichtige Tätigkeiten an Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Stoffen dürfen nur von Fachbetrieben nach § 62 AwSV durchgeführt werden. (H)

§ 45 Abs. 1 AwSV

22. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen entsprechen den allgemein anerkannten Regeln der Technik i.S.d. § 62 Abs. 2 WHG, wenn u.a. die Anforderungen der Technischen Regeln wassergefährdender Stoffe eingehalten sind. Insbesondere gelten folgende TRwS (DWA-Arbeitsblätter, § 15 AwSV):

- TRwS A 779 „Allgemeine Technische Regeln“ (April 2006),
- TRwS A 780 „Oberirdische Rohrleitungen, Teil 1: Rohrleitungen aus metallischen Werkstoffen“ (Dezember 2001),
- TRwS A 785 „Bestimmung des Rückhaltevermögens bis zum Wirksamwerden geeigneter Sicherheitsvorkehrungen – R₁ –“ (Juli 2009),
- TRwS A 786 „Ausführung von Dichtflächen“ (Oktober 2005),
- TRwS A 787 „Abwasseranlagen als Auffangvorrichtungen“ (Juli 2009),
- TRwS A 788 „Flachbodentanks aus metallischen Werkstoffen zur Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten“ (Mai 2007).

Die speziellen Regelungen in der jeweiligen TRwS gehen den allgemeinen Regelungen der TRwS 779 vor. (H)

23. Die Dichtheit der Anlage und die Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen sind regelmäßig zu kontrollieren. (H)

§ 46 Abs. 1 AwSV

24. Es ist eine Betriebsanweisung vorzuhalten, die einen Überwachungs-, Instandhaltungs- und Notfallplan enthält und Sofortmaßnahmen zur Abwehr nachteiliger Veränderungen der Eigenschaften von Gewässern festlegt. Enthalten sein müssen insbesondere auch die Sicherheitsdatenblätter zu den verwendeten bzw. gelagerten wassergefährdenden Stoffen. Die Betriebsanweisung muss dem Anlagenpersonal jederzeit zugänglich sein. (H)

§ 44 Abs. 1 AwSV

25. Kann nicht ausgeschlossen werden, dass wassergefährdende Stoffe aus Anlagen austreten, sind unverzüglich Maßnahmen zur Schadensbekämpfung zu ergreifen. Die Anlage ist unverzüglich außer Betrieb zu nehmen, wenn eine Gefährdung oder Schädigung eines Gewässers nicht auf andere Weise verhindert werden kann, ggf. ist die Anlage zu entleeren. Das Austreten wassergefährdender Stoffe ist unverzüglich der zuständigen Behörde oder Polizeidienststelle anzuzeigen. Die Verpflichtung besteht auch bei dem Verdacht, dass wassergefährdende Stoffe bereits ausgetreten sind, wenn eine Gefährdung des Gewässers oder von Abwasseranlagen nicht auszuschließen ist. (H)

§ 24 AwSV

26. Die Anlage bzw. die Anlagenteile sind vor Inbetriebnahme und nach Maßgabe der Anlage 5 zu § 46 Abs., 2 AwSV wiederkehrend durch Sachverständige zu überprüfen. (H)

§ 47 Abs. 1 AwSV

27. Die Genehmigung zur Versickerung des anfallenden unbelasteten Niederschlagswassers wird in Aussicht gestellt und im gesonderten Verfahren durch die untere Wasserbehörde vor Inbetriebnahme der Anlage beschieden, soweit alle zur Entscheidung benötigten Unterlagen vorliegen. (H)

untere Bodenschutzbehörde - Altlasten

SB Frau Assmus, 03984 70-3568

29. Bedingt durch die Vornutzung sind Kontaminationen des Bodens nicht auszuschließen. Bei Eingriffen in den Boden ist organoleptisch zu prüfen, ob es zum Eintrag von Schadstoffen gekommen ist. Bei Auffälligkeiten ist die untere Bodenschutzbehörde sofort zu informieren. (A)

§ 31 Abs. 1 BbgAbfBodG

untere Abfallwirtschaftsbehörde

SB Frau Assmus, 03984 70-3568

28. Die bei den Arbeiten anfallenden Abfälle sind getrennt nach Fraktion ordnungsgemäß zu verwerten bzw. allgemeinwohlverträglich zu beseitigen. Die Nachweise über die Verwertung/Beseitigung der Abfälle sind der unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen zu übergeben. (H)

§ 8 GewAbfV, § 47 Abs. 3 KrWG

Gebührenermittlung

Für die im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren eingeschlossene Baugenehmigung ergibt sich gemäß Brandenburgische Baugebührenordnung (Bbg-BauGebO) folgende Gebühr. Bei der Berechnung wurde folgende Tarifstelle in Ansatz gebracht:

1.1.4 Entscheidungen der Bauaufsichtsbehörde im Sinne von § 2 Absatz 2 Nummer 2 und 3 GebGBbg zu Vorhaben, bei denen ein anderes Gestattungsverfahren Vorrang hat (§ 60 BbgBO), in Verfahren nach BIm-SchG sowie in Planfeststellungsverfahren

Herstellungskosten laut Angabe im Antrag	██████████	€
anzusetzende Herstellungskosten	██████████	€
50,00 % der o. g. Herstellungskosten		
fiktiver anrechenbarer Bauwert	██████████	€
anrechenbare Bauwerte gemäß § 3 BbgBau-GebO auf volle 1.000,00 € aufgerundet	██████████	€
1,4 % des gerundeten anrechenbaren Bauwertes		

Gebühren (min. 100,00 €) ██████████ €

Dieser Betrag ist auf das Konto des Landkreises Uckermark einzuzahlen.

Zahlungsinformationen

Betrag:
Empfänger:
Bank:
IBAN:
BIC:
Kassenzeichen:
(Verwendungszweck)

██████████	€	██████████
████████████████████		██████████
████████████████████		██████████
████████████████████		██████████
████████████████████		██████████

Bei Zahlung ist die Angabe des Kassenzzeichens (Verwendungszweck) **unbedingt** erforderlich.

Gesetzliche Grundlagen

BauGB	Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. I/23, Nr. 394)
BauNVO	Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I, S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. I/23, Nr. 176)
BbgBO	Brandenburgische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.11.2018 (GVBl. I/18, Nr. 39), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2023 (GVBl. I/23, Nr. 18)
BbgBauPrüfV	Verordnung über die Anerkennung von Prüflingen und über die bautechnischen Prüfungen im Land Brandenburg (Brandenburgische Bautechnische Prüfungsverordnung) vom 10.09.2008 (GVBl. II/08, Nr. 23, S. 374), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 26.07.2024 (GVBl. II/24, Nr. 57, S. 1)
NatSchZustV	Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung) vom 27.05.2013 (GVBl. II/13, Nr. 43), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.10.2024 (GVBl. II/24, Nr. 92)
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz) vom 24.02.2012 (BGBl. I, S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.03.2023 (BGBl. I/23, Nr. 56)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31.07.2009 (BGBl. I, S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22.12.2022 (BGBl. I/23, Nr. 409)
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 18.04.2017 (BGBl. I, S. 905), geändert durch Artikel 256 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I, S. 1328)
BbgAbfBodG	Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz vom 06.06.1997 (GVBl. I/97, Nr. 05, S. 40), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.06.2024 (GVBl. I/24, Nr. 24, ber. Nr. 40)
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung vom 18.04.2017 (BGBl. I, S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 28.04.2022 (BGBl. I, S. 700)

GebGBbg	Gebührengesetz für das Land Brandenburg vom 07.07.2009 (GVBl. I/09, Nr. 11, S. 246), zuletzt geändert durch Artikel 32 des Gesetzes vom 05.03.2024 (GVBl. I/24, Nr. 9, S. 15)
BbgBauGebO	Verordnung über die Gebühren in bauordnungsrechtlichen Angelegenheiten im Land Brandenburg vom 20.08.2009 (GVBl. II/09, Nr. 28, S. 562), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.05.2021 (GVBl. II/21, Nr. 50)

Hinweis

Die Mitteilung über die Gebühren dient ausschließlich dem zwischenbehördlichen Verkehr. Es ist kein Verwaltungsakt im Sinne des § 35 VwVfGBbg und entbehrt deshalb einer Rechtsbehelfsbelehrung. Eine Gebührenforderung in gleicher Sache wurde nicht an die Antragstellerin gerichtet.

Im Auftrag

Brandt
Sachbearbeiterin

Anlagen (zur Übergabe an die Antragstellerin):

- Vordruck Baubeginnsanzeige
- Vordruck Einmessungsbescheinigung
- Vordruck Nutzungsaufnahme